

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1266

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Schöne Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Zell" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreis: die 29 mm breite Nonpareilzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Restzeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Beilagenbelegung 10 Pf.

Nr. 10

Dresden, Mittwoch den 13. Januar 1926

37. Jahrg.

## Nein!

### Die Sozialdemokratie lehnt die Große Koalition ab

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung nach-  
mals mit der durch die Haltung des Zentrums neu aufgeworfenen  
Frage der Großen Koalition. Die Sitzung endete mit der Annahme  
folgender Entschließung:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in den Ver-  
handlungen über die Bildung einer Großen Koalition Forde-  
rungen aufgestellt, deren Durchführung durch die Zunahme der  
Not nur noch bringender geworden ist. Sie hat durch ihren Be-  
schluß am 16. Dezember 1925 feststellen müssen, daß infolge  
mangelnden Entgegenkommens der Deutschen  
Volkspartei in sozial- und wirtschaftspoli-  
tischen Fragen den Bemühungen des Abg. Dr. Koch kein  
Erfolg beschieden war. Sie hat daher in den Formulierungen,  
die ihr als Ergebnis der gescheiterten Verhandlungen vorgelagt  
wurden, eine geeignete Grundlage für die Bildung einer Re-  
gierung der Großen Koalition nicht erblicken können.“

Die sozialdemokratische Fraktion muß feststellen, daß  
Verände für eine Änderung ihrer Haltung nicht vorliegen. Es  
besteht kein Anzeichen dafür, daß die Deutsche Volkspartei ihren  
bisherigen Rechtskurs aufzugeben gewillt ist. Die Volks-  
partei hat daher auch in den bisherigen Verhandlungen über die  
Bildung einer Großen Koalition einen ersten Willen zur Zu-  
sammenarbeit nicht erkennen lassen. Es war insbesondere die  
Deutsche Volkspartei, die der sozialdemokratischen Forde-  
rung über den Achtstundentag die Zustimmung ver-  
sagte, die sich im Sozialpolitischen Ausschuss gegen die so-  
zialdemokratischen Anträge zur Erwerbs-  
losenfürsorge erklärte und die in der Frage der Not zum  
öffentlichen Skandal gewordenen Fürttenabfindung die  
sozialdemokratischen Forderungen zurückwies.

Deshalb erklärt die sozialdemokratische Fraktion, daß für  
die Bildung einer Regierung der Großen Koalition keine  
Grundlage besteht.“

Dieser Beschluß wurde von unserer Fraktion nach mehr-  
stündiger Diskussion mit 87 gegen 33 Stimmen angenommen.  
Es war die höchste Zeit, daß diese Entscheidung fiel und die  
Regierungsfrage wenigstens in diesem einen Punkte geklärt  
wurde. Die bürgerlichen Mittelparteien stellen in ihren  
Parteiorganen die Sozialdemokratie wegen ihres angeblichen  
„Mangels an Verantwortungsgesinnung“. Die Sozialdemokratie  
samt rubig zugeben, daß ihr diese Verantwortungsgesinnung  
seit im Laufe des Zusammenarbeitens mit den bürgerlichen  
Parteien gedankt worden ist. Wenn das diesen Parteien  
jetzt bitter aufsteht, so dürfen sie sich das selbst danken. Auch  
die bisherigen Verhandlungen in der Regierungsfrage zeigen  
bei den bürgerlichen Parteien dieselbe Entschlossenheit und  
Hilfslosigkeit wie immer in den Situationen, da die  
Not das Volk besonders stark drückt. Weder Demokraten  
noch Zentrum sind auf den Boden der sozialdemokratischen  
Forderungen getreten, sie erklärten diese unzureichende Forde-  
rungen lediglich für „disfunktional“. Die Volkspartei  
scheint ungeniert die letzte Schulter, und Zentrum und Demo-  
kraten laten nichts, um die Volkspartei zu irgendwelchem  
Entgegenkommen und zu Zugeständnissen an die Not der  
Stunde zu drängen. Man kann als Sozialdemokrat grund-  
sätzlicher Gegner der Großen Koalition sein, weil bei einem  
Zusammenarbeiten zwischen Sozialdemokratie und der groß-  
kapitalistischen Volkspartei immer derartige prinzipielle  
Gegensätze im Wege sein werden, daß für eine solche Koalition  
nur eine höchst schwankende, inkonstante Grundlage ge-  
geben ist; aber auch derjenige, der nicht grundsätzlich eine so un-  
genügsame Regierung ablehnt, muß den Verzicht der  
Reichstagsfraktion anstandslos des negativen Verhaltens der  
bürgerlichen Parteien für den einzigen möglichen Grund an-  
sehen. Wir wissen noch nicht, wie die künftige Regierung  
aussehen wird, unsere Forderungen jedoch bleiben  
dieselben! Ob wir ihr härteste Opposition entgegen-  
stellen, oder ob sie nicht nur in arbeitspolitischen, sondern auch  
in innerpolitischen Fragen die Unterstützung der Sozial-  
demokratie haben kann, wird von Volk zu Volk zu entscheiden  
sein. Mögen sich die bürgerlichen Parteien danach richten.  
Wir jedenfalls haben einen Wahlkampf nicht zu scheuen, die  
Parteien des Volkswunders und des Scheiterns dagegen  
durchaus!

### Das Echo der Presse

Berlin, 13. Januar. (Via Funkpruch.) Der Vor-  
wärtsschreibt an der Entscheidung unserer Fraktion: „Die sozial-  
demokratische Reichstagsfraktion wird die kommende Regierung nach  
ihren Taten beurteilen. Gegen eine Regierung, die Ansatze  
nach rechts sucht, und die sich von antisozialen Tendenzen leiten  
läßt, wird die Sozialdemokratie den härtesten Kampf aufnehmen.“  
Der Reichstagspräsident wird ihm gewiß nicht dankbar sein.“  
Die Deutsche Tageszeitung bezeichnet als erste und  
wichtigste Aufgabe für das kommende Kabinett die Beseitigung  
der großen Not. „Dabei hat das Parteipolitische zu schwächen. Der  
Kernpunkt ist die Rückkehr auf das Allgemeine in Betracht. Darum  
kommt zur Lösung dieser Aufgabe nur eine Regierung in Betracht,  
die von Parteifesseln möglichst wenig befreit, rein sachlich und sachlich  
zu arbeiten vermag. Sie muß, wenn es denn sein muß, die Kräfte wie  
die Kraft haben, den parlamentarischen Kampf zu gewinnen. Die  
Bekämpfung der parlamentarischen Organen eine Koalition der  
bürgerlichen Parteien vor, der sie eine weitgehende Unter-  
stützung der Sozialdemokraten in Aussicht stellt.“  
Der Kommentar der Reichstagszeitung weist eine  
ungünstige Judikatur über die Sitzung der sozialdemo-  
kratischen Fraktion dar. Das Blatt berichtet nicht nur über das

Stimmenverhältnis, mit dem die Entscheidung gefallen ist, sondern  
weil auch mitzuteilen, daß von den 181 Mitgliedern der Fraktion  
110 an der Fraktionsitzung teilgenommen haben, etwa zwei Dutzend  
mehr als am 16. Dezember. Aber dieses Plus sei ausschließlich  
den Gegnern der Großen Koalition zugute gekommen, die Wieder-  
heit sei dieselbe geblieben. Außerdem erklärt das demokratische  
Organ, daß der preussische Ministerpräsident Otto Braun und der  
Innenminister Sebering, da sie auf der Rednerliste weit unten  
standen, nicht zu Worte gekommen seien, sondern sich auf persön-  
liche Bemerkungen beschränken mußten.

Die Germania findet den Eifer, mit dem die Reichstags-  
fraktion den bisherigen Reichskanzler Luther in den Vordergrund schiebt,  
verdächtig da die Rechte offenbar eine Regierung der Mitte unter  
Führung Luthers als Vorläuferin einer Rechtsregierung betrachte.  
Das Blatt verweist, daß das Zentrum auch jetzt zu verhindern  
suchen werde, daß sich „dunkel sozialdemokratischem Unverständnis“ die  
parlamentarische Krise zu einer Krise des Parlamentes erweitere.

## Diskontermäßigung

In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der  
Reichsbank wurde beschlossen, den Diskont von 9 auf 8 und  
den Lombardfuß von 10 auf 9 Prozent herabzusetzen. Der  
Reichsbankpräsident begründete diese Maßnahmen mit der  
starken Vermehrung der Devisenanhaltungen und dem Rück-  
gang im inländischen Wechselverkehr.

Eine der wichtigsten Ursachen der gegenwärtigen Krise  
ist der Mangel an Betriebskapital. In den letzten Wochen  
machte sich auf dem Geldmarkt eine starke Geldknappheit  
bemerkbar, die zum Teil eben auf die Krise selbst zurückzu-  
führen ist. Die Stilllegungen und Einsparmaßnahmen der Be-  
triebe vermindert natürlich den Kapitalbedarf der Volkswirtschaft.  
Dazu kommt, daß gerade in letzter Zeit reichlich  
ausländisches Kapital nach Deutschland hineingeflossen ist.

Wie die Maßnahmen auf die weitere Entwicklung  
unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wirken werden, ist nicht ab-  
zusehen. Man sieht im allgemeinen in einem hohen Diskont-  
fuß ein Mittel, um die Warenpreise zu senken, weil durch  
einen hohen Zinsfuß die Unternehmer vielfach gezwungen  
werden, ihre Waren abzusetzen. Aber trotz dem hohen Zins-  
fußes und trotzdem wir uns schon seit vielen Monaten in  
einer schweren Krise befinden, ist von einem durch-  
greifenden Preisabbau nichts zu merken und des-  
wegen ist es zumindestens sehr fraglich, ob unter den heu-  
tigen Umständen wirklich durch eine weitere Hochhaltung des  
Zinsfußes ein Preisabbau erzwungen werden kann, bedeutet  
doch andererseits ein hoher Zins eine sehr starke Belastung der  
Produktionskosten, und da wir heute auf so vielen Gebieten  
eine freie Konkurrenz nicht mehr haben, so werden eben die  
hohen Zinsen von nur allzubalden Unternehmern einfach in  
die Preise einfalluliert und die Bevölkerung wird durch den  
hohen Zinsfuß belastet.

Einen Nutzen kann die Diskontermäßigung nur haben,  
wenn auch die Privatbanken mit ihren Zinsen heruntergehen.  
Zit es doch ein mit Recht sehr viel beklagter Mibstand, daß  
die Zinspanne bei unseren Privatbanken viel zu hoch ist.  
Außerdem wäre es notwendig, daß auch die Unternehmer in  
Handel und Industrie die Erleichterung, die ihnen eine  
Herabsetzung des Zinsfußes bringt, dazu benutzen, um die  
Preise herabzusetzen. Nach all den Erfahrungen, die wir in  
den letzten Monaten mit dem Preisabbau gemacht haben,  
kann man leider nicht darauf rechnen, daß unre Unter-  
nehmer in dieser Beziehung allzuviel Eifer entfalten, um so  
mehr muß es Aufgabe unserer Regierung sein, alle irgend-  
wie geeigneten Mittel anzuwenden, um einen Preisabbau zu  
erzwingen, wo er nur irgend möglich ist.

## Sanierungskampf in Frankreich

Lebensäußerungen des Linkskartells  
P. Paris, 12. Januar. (Eigener Draht.) Das Ringen  
um die Finanzsanierung wird nun nach dem sozialistischen  
Parteitage mit aller Kraft wieder aufgenommen. Zunächst  
wird der Finanzausschuss der Kammer entscheiden, welches  
Projekt er beraten wird. Ihm liegt das des Finanzministers  
Doumer und das des Linkskartells vor. Der am  
Dienstag von der radikalsozialen Fraktion einstimmig ge-  
schloß Beschluß, die Doumer'schen Projekte abzulehnen, weist  
schon die Richtung. In der Finanzkommission sowohl als im  
Plenum ist die sozialistische Fraktion entschlossen, die  
Doumer'schen Projekte scharf zu bekämpfen. Aber der Ent-  
scheidungskampf darum wird wohl nicht wie gegenüber  
Voucaire in der Kommission, sondern im Plenum zum Aus-  
trag gebracht werden. Dann wird sich zeigen, ob es noch eine  
Zukunft gibt. So wie die Dinge heute liegen, erscheint  
das wahrscheinlich. Wenn auch die Sozialisten eine  
gemeinsame Regierungsbildung mit den Linksruppen ab-  
gesehen haben, so gehen sie doch im parlamentarischen Kampf  
mit ihnen zusammen. Zwischen den Radikalsozialisten und den  
Sozialisten haben am Dienstag bereits wichtige Besprechun-  
gen stattgefunden, und es ist sehr wohl möglich, daß die  
Presse des Nationalen Blochs das zum inoffiziellen Male  
endgültig begründete Linkskartell wieder unter präsi-  
dentem Mendelpatriotischem Gejammer auch diesmal als  
wieder auferstanden wird begreifen müssen.

## Raub am Volk

Von Kurt Rosenfeld, M. d. R.

Nach dreitägiger Erörterung im Rechtsausschuss des  
Reichstags ist klar geworden: das deutsche Volk ist  
früher von seinen Fürsten nach allen Regeln  
der Kunst ausgeraubt worden. Fürstliche Kabi-  
nettsjustiz hat aus Unrecht „Recht“ gemacht, und dies über  
die Revolution hinaus getretete Recht soll jetzt rückwärtslos  
zur Geltung gebracht werden.

Die Hohenzollern haben das Beispiel gegeben, die  
übrigen hohen, höchsten und allerhöchsten Herrschaften sind  
ihnen gefolgt. Für die preussischen, thüringischen und med-  
lenburgischen Fürsten läßt sich dies alles schon auf Grund  
der bisherigen Beratungen des Rechtsausschusses urkundlich  
nachweisen.

In Preußen war in vielen Fällen lange vor der Revo-  
lution Streit darüber, ob das eine oder andre Landgut  
Eigentum des Königs oder des Staates sei. Wenn aber  
selbst das preussische Justizministerium, in einem Fall der be-  
rühmte Rechtslehrer Savigny als Justizminister, das Eigen-  
tum des Staates für zweifellos erklärte, gelang es immer  
noch, ein entgegengelegtes Rechtsgutachten willfähriger  
Juristen zu beschaffen. Daraufhin wurde dann eine Rechts-  
unklarheit konstatiert und der Rechtsstreit einfach — es war  
die Zeit des Obrigkeitstaates — durch eine Kabinettsorder  
des Königs als absoluten Gesetzgebers geschlichtet; das Eigen-  
tum des Königs — es handelte sich um die Herrschaft Wuster-  
hausen — wurde festgesetzt. Auf ähnliche Weise wurde ein  
den Fürsten günstiges Testament, das die Herrschaft Aronjan  
betraf, und dessen Gültigkeit umstritten war, für rechtmäßig  
erklärt. Der Hohenzoller entschied als König von Preußen  
zugunsten seiner eigenen Familie. In anderen  
Fällen, z. B. wegen der Herrschaft Wildenbruch, befaß der  
König, um aufgeauchte Zweifel über das Eigentum zu be-  
seitigen, dem Justizminister, die Klage gegen das königliche  
Haus anzustrengen. Er brachte damit seine eigene Familie  
in die abhängige Lage, als Verklagte vor dem allzeit ge-  
fügen und vom König abhängigen besonderen Fürsten-  
gericht, dem sogenannten Geheimen Justizrat, zu erscheinen,  
der dann natürlich zugunsten des Fürstenhauses Recht sprach.  
In einer weiteren Reihe von Fällen ordnete der König an,  
daß seine Familie als Eigentümerin in das Grundbuch ein-  
zutragen sei; gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grund-  
buchs war es dann die fast unmögliche Aufgabe des Staates,  
sein besseres Recht nachzuweisen. Nur formal-  
juristisch war in allen diesen Fällen das Recht auf Seite  
der Fürsten.

Eine besondere Rolle in der Geschichte fürstlichen Eigen-  
tumsverfalls spielt der wertvollste deutsche Forstbesitz, die  
Schmalldener Forsten. Diese wurden im Jahre 1866 vom  
preussischen König, ohne daß er das Parlament befragte, an  
den Herzog von Koburg-Gotha vererbtet, aus Dankbarkeit  
dafür, daß seine Landeskinder dem preussischen König Waffen-  
hilfe geleistet hatten. Die Opfer hatte das Volk gebracht,  
und der Fürst erfüllte die bei der Uebnahme der Forsten  
übernommene Verpflichtung, sein Land für die Kriegskosten  
dadurch zu entschädigen, daß er nur einen kleinen Bruchteil  
des Wertes der Forsten den Kriegssopfern zur Verfügung  
stellte. Jetzt sollen diese wertvollen Wälder der Koburger ge-  
worden ist. Ein Witz in der Weltgeschichte: ein englischer Prinz,  
ein Verwandter des ehemaligen Königs von Hannover, gegen  
den Preußen gekämpft hatte, soll die Forsten bekommen, die  
vererbt wurden zum Dank für die gegen das englisch-  
hannoversche Königshaus geleisteten Dienste.

In Thüringen sind vielfach Auseinandersetzungs-  
verträge mit den Fürsten geschlossen, teils kurz nach der Revo-  
lution, teils erst in den folgenden Jahren. Alle diese Ver-  
träge sind aber jetzt — man sieht sich nicht, an „einem  
Fürstentum zu drehen und zu deuten“ — Ansetzungen  
durch die Fürsten ausgelegt. Nicht weniger als 25 Prozesse  
schweben zur Zeit zwischen dem Staate Thüringen und seinen  
früheren Fürsten. Sie wollen nämlich, auch lange nach  
den Novemberereignissen, „unter unzulässigem Zwange ge-  
funden“ haben, als sie die Verträge schlossen, sogar der Fürst  
von Schwarzburg-Sondershausen, in dessen  
Land die Revolution sozusagen durch Gesetz vollzogen wurde.  
Und es haben sich bereits Gerichte gefunden, die auf Grund  
solcher Ansetzungen die Verträge für nichtig erklärt haben,  
z. B. den Vertrag mit dem Altenburger Fürsten, der  
erst 1919 getätigt wurde. Man glaubte dem hohen Herrn,  
daß er fürchte, dem Hunger preisgegeben oder gefesselt  
zu werden, wenn er nicht unterwürdig. Er hatte sich das  
Schloß „Fröhliche Wiederkehr“ vorbehalten, und er bereitete  
offenbar auf dem Wege der Vertragsanfechtung den Anspruch  
auf fröhliche Wiederkehr vor.

Den Gipfel der Unverschämtheit erreichen die Med-  
lenburg-Strelitzer Fürsten. Erbinnen des letzten  
Fürsten sind eine Prinzessin zu Lippe und „Kure künig-  
liche Hoheit die Kronprinzessin“ Maria von  
Montenegro, frühere Herzogin Julia zu Medlenburg.  
Sie profitieren von der in Medlenburg-Strelitz ganz be-  
sonders unklaren Rechtslage. War doch, wie es in einer Den-  
kschrift der Regierung heißt, „eine Rechtspersonlichkeit“ „daß“  
dem bisherigen medlenburgischen Meieramt völlig un-  
bekannt! Die montenegrinische Kronprinzessin hatte im  
Februar 1919 eine Mitgift von ursprünglich 800 000 M. zu  
beanspruchen. Im September 1921 wurde ihr restlich: